Preis der Einzelnummer 10 Mark.

Neue Lodzer Zeitung

Die älteste, größte und verbreitetste deutsche Tageszeitung in Polen.

Erscheint täglich früh. An Tagen, die auf Sonn- und Festtage folgen, abends. Bezugspreis: monatlich 240 Mk. mit Zustellung, wöchentlich 60 Mk. Per Post bezogen 240 Mk. monatlich. Vertretungen: Alexandrow Lalin, Danzig: Danziger Anzeigenbüro, Reitbahn 8, Konstantynow: Schöler, Pabianice: E. Keil, Zdunska-Wola: H. Wolff, Zgierz: Lach, Kiosk. — Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückerstattet. —

Redaktion und Geschäftsstelle Petrikauer-Straße Nr. 15. Telephon Nr. 283.

Inseratekosten: 8-gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 15 Mk. Ausland 1 Mk. 50 Pf. deutsche Währung. Reklam. u. Inserate im Text od. auf der 1. Seite (dop. so breit) 60 Mk. Ausland 6 Mk. (deutsche) Raum der Nonpareillezeile. Eingef. 70 Mk. p. Korpuszeile. Bei Kunstsatz, Schrägsatz u. dergl. 50 Prozent Aufschlag. Inserate werden nach Möglichkeit gut plaziert, es können aber besondere Platzanweisungen nicht berücksichtigt werden, daher auch keine dahingehenden Reklamationen. — Inseratenannahme durch alle Annoncen-Büros. —

Nr. 186. Sonntag, den 10. Juli 1921. 20. Jahrgang.

Zur oberschlesischen Frage.

Danzig, 8. Juli. (Pat.) „Danziger Zeitung" berichtet aus Breslau: Die Uebergabe des Bahnhofs in Kattowitz an die staatliche Eisenbahndirektion erfolgte gestern in Anwesenheit der Kommission, der Koalitionstruppen und der Vertreter der polnischen und deutschen Eisenbahnbehörden. Abends traf der erste Eilzug aus Berlin in Kattowitz ein. Der Warenverkehr begann bereits gestern um 4 Uhr nachmittags.

Beuthen, 8. Juli. (Pat.) Bei der Organisierung des sog. Gemeindeschutzes im Kreise Hindenburg erklärte der dortige Koalitions-Kontrolleur, daß für Aufständische, die in die Polizei nicht aufgenommen werden können, nur diese Personen gehalten werden, die an der Front kämpften und nicht diese, die in den Städten und Dörfern die Ordnung aufrecht hielten. Auf diese Weise wird ein Teil der Mitglieder der ehem. Plebiszitpolizei beim Gemeindeschutz Anstellung finden.

Die Räumung des Plebiszit-Gebiets.

Warschau, 8. Juli. (Pat.) Die englische radiotelegraphische Station in Chorzes bringt unterm gestrigen Datum folgende Depesche: Die Räumung des Plebiszitgebiets in Oberschlesien wurde am Dienstag beendet. Die Entwaffnung der deutschen Banden und des Selbstschutzes, sowie der polnischen Aufständischen schreitet befriedigend vorwärts. Die Meldung der Blätter über die angebliche Ansammlung der polnischen Truppen an der Grenze entbehren jeder Grundlage. Polnische Abteilungen, deren Anwesenheit notwendig ist, wurden entsandt, um die aufständischen Abteilungen zu entwaffnen.

Im Nahen Osten.

Bukarest, 9. Juli. (Pp.) Der Konstantinopeler „Bosphor" schreibt: Es kann zur Zeit bereits von einer totalen Niederlage der Griechen gesprochen werden. Die griechische Regierung ist auf der fieberhaften Suche nach Verbündeten und bittet gleichzeitig die Entente um Vermittlung. Es ist das eine Politik der Verzweiflung. Indessen breitet sich in ganz Griechenland eine antidynastische Bewegung aus. In Athen finden täglich Demonstrationen gegen den König und den Krieg statt. Wenn sich die Lage nicht bessert, wird Konstantin nicht nach Athen zurückkehren können.

Bukarest, 8. Juli (Pp.) Die in Konstantinopel eingekerkerten Bolschewisten haben den Hungerstreik erklärt.

In den nächsten Tagen wird von Konstantinopel eine neue Delegation der Koalitionsstaaten nach Angora entsandt, die der dortigen Regierung mehrere Forderungen unterbreiten wird, darunter: 1) Neutralisierung der Meerengen; 2) Verbleiben der administrativen Verwaltung in Konstantinopel; 3) Selbstverwaltung für das Wilajet Smyrna; 4) Verwaltung der Bagdadbahn durch die Verbündeten im Laufe von 14 Jahren und 5) mehrere Konzessionen.

An die Evangelische Jugend Polens.

Aufruf.

Der lange, blutige Weltkrieg ist schließlich beendet.

Die ganze Welt prüft ihre geistigen und sittlichen Kräfte. Alles organisiert sich. Alte Verbände werden umgestaltet, neue entstehen, denn der Weltkrieg hat bewiesen, daß der Einzelne nicht viel vermag, daß erst Einigkeit und Organisation eine Macht sind.

Auch in unserem Lande, welches nach 150-jähriger Knechtschaft wieder frei, vereinigt und in Rechtsverfassung dasteht — bemühen sich die einzelnen Klassen der Gesellschaft zu organisieren und zu vereinigen.

Wir, die evangelische Jugend aller drei Landesteile, müssen heute auch eine organisierte Einheit bilden. Die gegenwärtigen Lebensbedingungen, das, was wir während der Abstimmung über die Reichsverfassung erlebt haben, nötigen uns Einigkeit und Einmütigkeit zu lernen.

In einem Lande, wo wir Protestanten nur einen — wenn auch nicht geringen — Bruchteil der Bevölkerung ausmachen, zerstreut in allen Enden, oftmals hunderte Kilometer voneinander getrennt, muß unsere Lebensfähigkeit und innere Kraft schwinden, wenn wir uns nicht zur Einigkeit aufraffen.

Es muß doch zugegeben werden, daß unter den Protestanten Polens bisher kein wahres Einverständnis bestanden hat. Nicht immer gingen wir Hand in Hand. Verschiedene Gegensätze teilten und schwächten uns äußerlich und innerlich. Die evangelische Jugend aber hatte gar keine Fühlung miteinander.

So darf es nicht länger bleiben.

Wenn wir behaupten, daß unsere Kirche, auf dem reinen, unverfälschten Evangelium gegründet, ihre Bekenner zu braven Menschen und rechtschaffenen Bürgern erzieht, so müssen wir stets untereinander einig sein.

Denn befehden wir uns gegenseitig, so wiederholen wir die Fehler des 16. und 17. Jahrhunderts, die den Untergang der Reformation in Polen zur Folge hatten, und unterliegen wie damals der Uebermacht der Widersacher. Darum lasset uns vergessen, was uns trennt, um mit vereinten Kräften desto erfolgreicher gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen.

Wir müssen jedoch hier gleich bemerken, daß wir nicht die Absicht haben, irgendwie aggressive Bekenntnis-Politik zu treiben, daß wir aber alles tun werden, um uns erfolgreich wider die Angriffe gegen unser Bekenntnis zu verteidigen.

Die neue Verfassung Polens verbürgt uns volle Glaubensfreiheit und Gleichberechtigung mit allen anderen Konfessionen im Reiche. Somit stehen wir als evangelische Bürger unter dem Schutz der Gesetze.

Da in letzter Zeit der römisch-katholische Geist übermächtig geworden, so müssen wir, wenn wir hier zu Lande etwas sein und bedeuten wollen, uns von Innen heraus eine Verteidigung bereiten und müssen lernen das wert zu halten, was wir als geistliches Gut von den Vätern geerbt und erhalten haben.

Und zur Erfüllung dieser Aufgabe sind wir, die evangelische Jugend in Polen, an erster Stelle berufen.

Die erste Bedingung ist das gegenseitige Sich kennen lernen, 2) die Erkenntnis der eigenen Fehler und Mängel, und 3) die Beseitigung derselben mit vereinten Kräften.

Es muß eine einheitliche Front geschaffen werden gegen alles, was uns als evangelische Christen droht.

So müssen wir uns einheitliche Ziele stecken und auf demselben Wege und mit denselben Mitteln es zu erreichen suchen.

Hierzu müssen wir:

1) überall Vereine bilden, wo nur eine noch so geringe Anzahl evangelischer Christen in Polen wohnt. Alle solche Vereine müssen einen großen Verband unter einer zentralen Verwaltung bilden;

2) wir müssen den Wirkungskreis unserer Vereine erweitern, indem wir Wohltätigkeits- und Bildungsanstalten unterstützen, event. neue ins Leben rufen. Dadurch werden wir nicht mit Worten, sondern mit Taten beweisen, was die evangelische Jugend in Polen sein will und soll;

3) wir müssen uns selbst innerlich durch immer genauere Erkenntnis der Lehre Christi erneuern und auf der Bibel, dem einzigen Grunde unseres Glaubens und Lebens gestützt werden, wir beweisen, daß trotz aller konfessionellen und nationalen Unterschiede, die eine christliche Wahrheit uns verbindet.

Wir wollen denen, die uns Uneinigkeit vorwerfen, beweisen, daß, wo es sich um das Wohl der Sache handelt, wir alle Unterschiede vergessen können und eine starke Kette bilden, deren einzelne Glieder fest zusammengehalten werden durch das Band der Liebe Christi.

Zu diesem Zwecke beruft der Warschauer Polnisch-Evangelische Jugendverein am 8. September d. J. in Warschau eine Tagung der Vertreter aller evangelischen Jugendvereine in Polen.

Um diese Tagung zu veranstalten, bittet der Verein der Polnisch-Evangelischen Jugend in Warschau alle Vereine der evangelischen Jugend in Polen, einen Fragebogen (der auf dem Aufruf beigefügt ist) genau auszufüllen und denselben sofort an folgende Adresse zurücksenden zu wollen: Warszawa, ul. Kredytowa 2/4, Towarzystwo Polskiej Młodzieży Ewangelickiej, Biuro Zjazdu.

Der Verein der Polnisch-Evangelischen Jugend in Warschau bittet alle, in deren Hände dieser Aufruf gelangen wird, ihn zu verbreiten und dorthin gelangen zu lassen, wohin er aus Mangel der genauen Adressen nicht geschickt werden konnte.

Vereine, die Aufrufe und Fragebogen nicht erhalten haben, an der Tagung aber teilnehmen wollen, sind gebeten, sich brieflich an den Verein der Polnisch-Evangelischen Jugend in Warschau wenden zu wollen, worauf ihnen Aufrufe und Fragebogen eingesandt werden.

Vorstand des Vereins der Polnischen Evangelischen:

Präses: Past. A. Loth, Vice-Präses: R. Goller, Sekretär: Edm. Pinkwart.

Die Organisationskommission der Tagung:

Vorsitzender: Past. T. Gloch, Mitglieder W. Mietke, E. Widizer, E. Szipler und St. Mietke.

Die Umwälzung im Fernen Osten.

London, 9. Juli. (Pp.) Aus Wladiwostok wird gemeldet: General Semionow ist aus der Wladiwostoker Regierung ausgetreten und nach China abgereist. Die Veranlassung zu der Abreise war die Unzufriedenheit Semionows mit der Konstruktion der neuen Macht und der Politik gegen die Bolschewisten. Semionow rechnete mit Bestimmtheit darauf, zum Diktator ernannt zu werden. Es wurde jedoch ein Projekt über die in nächster Zeit stattfindende Einberufung eines Volksrates, der die höchste Macht darstellen soll, ausgearbeitet. Einstweilen ruht diese Macht in den Händen des Rates der Drei, zu dem auch Semionow gehörte. Die Stellung befriedigte Semionow nicht und so legte er am 30. Juni seine Vollmachten nieder. Semionow drang ferner die ganze Zeit auf den Beginn einer Offensive in der Richtung auf Blagowieschtschensk und Tschita. Darauf erwiderte Merkulow: Wir werden die Armee nur zur Verteidigung verwenden. Die Offensive werden wir nur mit friedlichen Waffen führen. Die übrigen Regierungsmitglieder schlossen sich der Ansicht Merkulows an. Die Mehrzahl der Abteilungen Semionows verblieb mit seiner Einwilligung in den Diensten der Wladiwostoker Regierung.

London, 9. Juli. (Pp.) Auf den Vorschlag des seine Armee anbietenden Generals Wrangel, erwiderte die Wladiwostoker Regierung, sie habe nicht die Absicht, eine Offensive gegen die Bolschewisten zu ergreifen; für die Verteidigung halte sie ihre Kräfte indessen für ausreichend.

Gerüchte über Trotzki.

Moskau, 9. Juli. (Polpreß.) In der Stadt sind die verschiedensten Gerüchte über Trotzki im Umlauf. Die einen sagen, daß er verhaftet worden ist, andere behaupten dagegen, daß er angeschossen wurde. Tatsache ist, daß er sich bereits seit einer Woche in keiner Versammlung gezeigt hat.

Das Leben in Rußland.

Helsingfors, 9. Juli. (Pp.) Aus Moskau ist der finnische Gesandte bei der Sowjetregierung, Hyllenbogel, ehemaliger Gesandter in Warschau, zur Berichterstattung zurückgekehrt. Auf die Frage, wie sich das Leben zur Zeit in Rußland gestalte, erwidert Hyllenbogel u. a.: Wir haben nicht nur Lebensmittel, sondern auch Heizmaterial mitgenommen. Das war recht gut, denn anders hätten wir alles roh essen müssen.

Der deutsche Kanzler über die Sanktionen.

Berlin, 9. Juli. (Polpreß.) Der Reichskanzler erklärte einem Mitarbeiter der „Düsseldorfer Nachrichten": Meine Politik der realen Arbeit zwecks Erlangung einer Verständigung mit den ehemaligen Gegnern stößt immer wieder auf Schwierigkeiten, die durch die Anwendung der Sanktionen verursacht werden. Wie soll Deutschland die am 31. August zu zahlende Milliarde aufbringen, wenn ihm in seinem wichtigsten Wirtschaftsgebiet die Hände gebunden sind? Wenn den Deutschen bei der Annahme des Ultimatums freie Hand gelassen worden wäre, dann wäre das für das deutsche Volk ein Impuls zur höchsten Steigerung der Produktion. Die Aufhebung der Sanktionen wäre eine starke Stütze für die deutschen Demokraten; ihre Beibehaltung erschwert der Regierung weiterhin die Arbeit und ist eine direkte Sabotage von außen.

Gespenster.

Karl von Habsburg soll den Thron seiner Väter in Ungarn wieder besteigen. Ich weiß nicht, ob der von dieser Zeitungsmeldung Kenntnis nehmende Leser sich darüber klar ist, daß hier ein Ereignis vorliegt, das in seiner Bedeutung weit hinaus geht über das Ränkespiel der Tagespolitik. Es handelt sich nicht darum, daß eine Intrige des Westens eine neue Machtgruppierung in Mitteleuropa anbahnt. Es handelt sich nicht um die Ablösung einer Staatsform durch die andere. Es handelt sich schließlich auch nicht einfach um das Gespenst einer schwarzen Reaktion, das seine rote Vorgängerin einem alten Entwicklungsgesetz folgend ablöst. Wer in der Geschichte einigermaßen Bescheid weiß, der hat darüber keine Zweifel mehr, daß die Staatsform eines Landes an und für sich noch keine Bedeutung für das innere und äußere Gedeihen eines Volkes hat. Wenn aber ein geistig lebhaftes und selbstbewußtes Volk wie die Ungarn, aus den Jahren schwerster Prüfung am Endpunkte den Schluß zieht, zum legitimistischen Prinzip zurückzukehren und ihm zu Liebe den Mann wieder ins Land rufen, der dem unwürdigsten aller Herrschergeschlechter entstammend, selbst sich als Unwürdigster zu offenbaren vermochte, dann muß das schlechthin als geistige und sittliche Bankerotterklärung der Besiegten, als die beginnende Zersetzung Mitteleuropas angesehen werden. Von ihrem Eltervater Rudolf an, haben die Habsburger, deren einzige Lichterscheinungen der sentimentale Joseph und die tatkräftige Maria Theresia waren, nie ein anderes Ideal gekannt, als die Stärkung ihres Hauses. Nie ist in diesem Geschlechte der Gedanke einer Pflicht, nie die Ahnung eines staatlichen Bewußtseins entstanden und noch weniger entwickelt worden. Und ihr letzter Sprößling, der selbst in den Tagen schlimmster Not nie an sein Volk und nie an seinen Staat, sondern immer nur an seine Krone gedacht hat, soll nun als Erster von allen in der großen Katastrophe entthronten Fürsten, in eine seiner Residenzen zurückkehren.

Wenn ich selbst auch grundsätzlich kein Freund des monarchischen Gedankens bin, so kann ich doch nicht verkennen, daß aus den Erfahrungen der Zeit das Bedürfnis nach einer starken Hand, in der sich die Staatsgewalt konzentriert, ein natürliches ist. Ich kann nicht übersehen, daß die weitere Entwicklung der Revolution in allen unreifen Völkern organisch zur Despotie führt, und daß eine geregelte Monarchie doch noch weitaus der brutalen Despotie des Bolschewismus vorzuziehen ist. In dieser Rückberufung des Habsburgers auf den ungarischen Thron ist das Erschütternde aber dieses, daß im Volksbewußtsein offenbar alle Rettung nicht von einer geistigen Umkehr, sondern von der rein mechanischen Restauration erwartet wird. Nur völlig Verzweifelte können unter den alleinigen Uebeln, die sie vor sich sehen, gerade das wieder wählen, dessen innere Trostlosigkeit sie bereits restlos erkannt haben.

Wenn wirklich das Unglück geeignet erscheint, die geistigen und sittlichen Kräfte eines Volkes so stark herabzusetzen, so wirft man unwillkürlich einen besorgten Blick auf die übrigen Völker Mitteleuropas, ob sie sich nicht bereits auf einem ähnlichen Entwicklungswege befinden. Und in der Tat, wenn wir heute die rechtsstehenden Blätter Deutschlands in die Hand nehmen, so erkennen wir ohne weiteres, daß hier Kräfte am Werke sind, die im Volke ein mechanisches Ideal zu erziehen suchen. Monarchische und nationale Ideale versucht man dem Volke durch die Mittel einer schlechten und mißverstandenen Demokratie, die man gemeinhin Demagogie nennt, nahe zu bringen. Darin scheint mir das Unglück unserer Gegenwart zu liegen, daß alle Gedanken und Ziele, nur um schneller zur Wirkung gebracht zu werden, ihres Persönlichen entkleidet und dem Verständnis der Dümmsten und Schlechtesten angepaßt werden. Warum sollte in Deutschland nicht eine große national-monarchische Bewegung ihre Berechtigung haben? Der Schrei des deutschen Volkes nach der großen Persönlichkeit ist ebenso begründet, wie der nach einer Wiederherstellung seiner nationalen Würde. Aber, wenn in Verfolgung dieses Zieles und unter Ausnutzung der beklommenen Stimmung in der Gesellschaft alle Tatsachen schlechthin verdreht werden, wenn mit einem Male eine überwundene Vergangenheit an sich als Ideal dargestellt wird, und alle Sünden dieser Vergangenheit und deren Folgen einer Gegenwart aufgebürdet werden, die schwer um ihr Dasein ringt, so bedeutet das eine bewußte Irreführung des Volkes, dem nicht ein lebendiges, sondern ein mechanisches Ideal geboten wird. Wenn jetzt auf Heldengräbern Kränze mit Inschriften niedergelegt werden, in denen behauptet wird, daß Deutschlands Krieger für ihren König starben, so bedeutet das den Versuch, an die Stelle eines Vaterlandsbewußtseins ein Knechtsbewußtsein zu rücken. Und wenn die rechten Parteien in Augenblicken schwerster Not des Landes selbst die Verantwortung für jede staatliche Tat ablehnen, um freie Hand zur Kritik an Handlungen zu gewinnen, zu denen sie selbst unfähig sind, so bedeutet das einen Angriff auf das sittliche Bewußtsein, auf das Gerechtigkeitsgefühl der Volksgesamtheit.

Was die Monarchie bisher von den übrigen Staatsformen auszeichnete, war, daß sie allein imstande war, eine sittlich reine und ganz der Pflicht lebende Beamtenschaft zu erziehen. Es ist aber ein ungeheurer und verhängnisvoller Irrtum, wenn man meint, daß dieses Pflichtbewußtsein allein durch die Wiederherstellung der Monarchie wieder neu geschaffen werden könnte. Zuerst ist im Kriege das Pflichtbewußtsein untergegangen, in dem Zweifel an der Haltbarkeit überkommener Ideale, und danach war der äußere Zusammenbruch der bisherigen Staatsform eine Selbstverständlichkeit. Es liegt nun einmal so, daß die ganze Welt, insonderheit aber das deutsche Volk, vor die Aufgabe gestellt ist, für die staatliche Sittlichkeit neue Grundlagen zu finden, die jenseits alavistischen Gottesgnadentums und jenseits verbrauchter Rosseauscher oder Marxscher Theorien liegen. Solch ein Ziel kann nur erreicht werden durch die Ausbildung eines geschlossenen und persönlichen Willens in jedem Volksgenossen. Das große Unglück der Welt ist die Unterdrückung jedes staatsbürgerlichen Individualismus durch das Massenschlagwort. In dieser Propagierung der Schablone, des Massenschlagwortes, reichen sich jetzt fast überall die Rechten und Linken die Hände und arbeiten gemeinsam an der geistigen und sittlichen Entwertung des Volkscharakters.

In Deutschland macht sich bereits seit längerer Zeit der Drang fühlbar, von dieser unwürdigen Herrschaft der Schablone loszukommen. Was kürzlich Hans von Eckardt von den neuen Bestrebungen einer verschiedenfarbigen Jugendbewegung erzählte, läßt hoffen, daß das deutsche Volk sich in der Entwicklung persönlicher Welt- und Staatsanschauung zu neuer Kraft durcharbeiten wird.

Wir, die wir — geklemmt zwischen Ost und West — nur immer die Ableger kulturellen Wachstums erhalten, sind in einer viel schwierigeren Lage. Wenn wir das staatliche Leben der letzten Jahre überschauen, so finden wir auch nicht den leisesten Ansatz einer persönlichen Entwicklung. Die Behandlung der nationalen Frage, der Agrarfrage und aller sonstiger Wirtschaftsprobleme, vollzieht sich in geistloser Anpassung an altgeprägte Schlagworte, und in dieser Erscheinung steckt das wahre Gespenst der Reaktion, die im Grunde nichts anderes ist, als Unterdrückung der Persönlichkeit. Auch in Lettland, und gerade auch in lettischen Kreisen, erwächst dieser Schablonenhaltigkeit eine Opposition. Sie zu sammeln und sie mit dem rechten Geist eines zielbewußten Individualismus zu erfüllen, muß als Aufgabe aller derer gelten, die es mit unserer Heimat wohl meinen. Und deshalb heißt es vor allem sich über die alte Barriere der nationalen Gegensätzlichkeit hinwegzusetzen. Wir alle, die wir Lettland unsere Heimat nennen, hier erwachsen sind von Geschlecht zu Geschlecht und nunmehr erkennen müssen, daß die alten Wege irreführen und die alten Phrasen wertlos geworden sind, wir müssen uns zusammenschließen zu einem Bunde der wahren Vaterlandsliebe, die in der Entwicklung eines eigenen Wollens die oberste Aufgabe sieht. (Rig. Rdsch.)

Paul Schiemann.

Die Behandlung der polnischen Arbeiter in Deutschland.

Posen, 9. Juli. (Polpr.) Die in das Ruhrgebiet zur Prüfung der Verhältnisse der polnischen Arbeiter entsandte Kommission ist zurückgekehrt. Sie hat einen Bericht nachstehenden Inhalts abgefaßt: Die polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet werden nicht anders behandelt, als alle anderen Arbeiter. Mit Ausnahme einiger Fälle, haben Dienstentlassungen und desto weniger Ausweisungen aus dem Lande der Nationalität wegen nicht stattgefunden. Die Staatsbehörden sowie die Verbände der Arbeitgeber und Arbeiter beider Nationalitäten sind bestrebt, die Möglichkeit friedlicher Zusammenarbeit für die Arbeiter beider Nationalitäten zu schaffen. Uebergriffe einzelner Personen werden bestraft, auch dann, wenn diese Personen einen staatlichen Posten innehaben. Die Mitglieder der Kommission haben gemeinsam mit den örtlichen deutschen und polnischen Zeitungen einmütig sich dahin ausgesprochen, daß es erforderlich ist, alle Bestrebungen dahin zu richten, daß sowohl in Polen als auch in Deutschland die gegenseitigen Mißververständisse beseitigt werden. Unterzeichnet: Jakubowicz, Jankowiak, Klinke, Lesniewski, Naumann, Neinecke.

Caillaux über die Reparationen.

Caillaux veröffentlicht seit einigen Wochen in der Zeitschrift „Le Progrés Civique“ eine Artikelreihe über die Finanz- und Wirtschaftslage Frankreichs. In seinem letzten Artikel beschäftigt er sich mit dem Abkommen von London und führt dazu u. a. aus:

Wie wird Deutschland in der Lage sein, eine Schuldenlast von 130—140 Milliarden Goldmark zu tragen, und wie wird es sie bezahlen? Im französischen Volke nehme man die Sache sehr leicht: Deutschland sei reich, seine Industrie blühe, und viele deutsche Unternehmungen würfen beträchtliche Dividenden ab, der deutsche Steuerzahler sei weniger belastet als der französische; man brauche also nur einen Teil des Nutzens zu verlangen, den die deutschen Kapitalisten erzielten, und die deutsche Regierung zu zwingen, daß sie hohe Steuern erlasse, deren Erträgnis den Verbündeten zufallen solle. Caillaux hält dagegen die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands für weniger glänzend. Er will aber darüber nicht streiten, sondern nur von der praktischen Verwirklichung der deutschen Verpflichtungen sprechen. Vorausgesetzt, so sagt er, daß Deutschland schlechten Wille zeige, so könne man die großen deutschen Unternehmungen, die Kohlengruben, die Elektrizitätswerke, die chemischen Fabriken, die Schwerindustrie von den Franzosen ausbeuten lassen. Man werde dadurch Hunderte von Millionen Papiermark erzielen. Was mache man damit? Wie sollten sich diese deutschen Banknoten in Gold verwandeln? Vorausgesetzt ferner, daß neue Zwischenfälle einträten, und daß dann französische Beamte die Leitung der deutschen Eisenbahn- und Postverwaltung übernähmen, neue indirekte Steuern und neue Zölle erhöben, so dürfte man nicht vergessen, daß die Papiermark, wie alle ähnlichen Geldsorten, nur die Möglichkeit der Verwertung biete innerhalb der Grenze, in denen diese Assignate umlaufen. Wer in Preußen oder in Bayern in einem Eisenbahnzug fähre, bezahlt dafür Papiermark; damit kann die Verwaltung in Deutschland deutsche Kohlen erwerben oder sonstige deutsche, aber nur deutsche Erzeugnisse. Also wie immer man auch Deutschland zwingen möge, ob man es ganz oder zum Teil unter Verwaltung nähme, man werde niemals dazu gelangen, daß seine Bezahlung in etwas anderem als in deutschen Waren und in deutscher Arbeit bestehe. Caillaux stellt weiter die Frage: Wie ist es nun mit den deutschen Waren? Es werde behauptet, daß Deutschland nur seine Ausfuhr zu steigern brauche. Augenblicklich betrage sie etwa fünf Milliarden Goldmark, davon müsse Deutschland 26 v. H. abgeben und außerdem noch zwei Milliarden jährlich bezahlen. Aber mit den fünf Milliarden Ausfuhr sei die notwendige Einfuhr Deutschlands an Rohstoffen und Lebensmitteln zu bezahlen. Die Ausfuhr müsse also auf mindestens 30 Milliarden gebracht werden, wenn Deutschland dem Wiederherstellungsausschuß 4,6 Milliarden Goldmark abliefern sollte. Die fortgesetzte Entwertung der Mark bringe es mit sich, daß Deutschland für eine Zeit wenigstens seine Ausfuhr bedeutend steigern könne. Aber werde man ihm das gestatten, werde es daher nicht auf Hindernisse stoßen? Es sei doch bekannt, daß seit dem Kriege alle Völker sich immer mehr und mehr wirtschaftlich abschlössen; also weder in Europa noch in Amerika noch in Asien würden sich die Tore vor dem öffnen, was die Engländer als „dumping“ bezeichneten. Damit falle die Voraussetzung, daß Deutschland bezahlen könne. Wenn man aber auf dem jetzigen System beharre, mache man Deutschland zum Mittelpunkt der europäischen Produktion, wenn nicht gar der Weltproduktion. Mit eignen Händen richte man ein wirtschaftlich viel gefährlicheres Deutschland auf, als es je gewesen sei. Aus dem Kriege habe man ja lernen müssen, daß ein Staat militärisch nur stark sein könne, wenn er es auch wirtschaftlich sei.

Caillaux kommt zu dem Schluß: Ohne daß man darauf verzichten könne, daß ein Teil der Zahlung Deutschlands in Gold geleistet werde, müsse man alle Mittel vermeiden, die darauf abzielten, in übertriebenem Maße Deutschlands Ausfuhr zu fördern, die, wenn es ihr gelänge, die Hindernisse zu bewältigen, außerordentlich gefährlich für Frankreich sei.

Wegen der Danziger Waffenfabrik.

Danzig, 8. Juli. (Pat.) Im Laufe des gestrigen und heutigen Tages fanden im Danziger Senat sehr lebhafte Debatten über das Thema der Danziger Waffenfabrik statt. Die Parteien der Regierungsblocks griffen die Völker-Liga wegen ihres Befehls der sofortigen Schießung der Danziger Waffen-Fabrik sowie Polen an, das durch seine „Intrigen“ zur Erlassung dieses Befehls beigetragen hat. Die linken Parteien wandten sich dagegen mit ganzer Kraft gegen den Danziger Senat und machten ihn für diesen Beschluß der Völkerliga verantwortlich. Im weiteren Verlauf der Diskussion griffen die Abgeordneten des Regierungsblocks, Nationalisten und Zentrums-Mitglieder die Völkerliga sehr scharf an, und zwar dafür, daß sie Polen erlaubte, ein Munitionslager einzurichten mit dem gleichzeitigen Befehl der Schließung der Waffenfabrik in Danzig, wodurch den Arbeitern ein Hieb versetzt wird. Die Waffenfabrik muß in den Händen Danzigs bleiben. Die polnischen Abgeordneten erklärten, daß Danzig die größte Zahl der Arbeitslosen aufweist und die Ursache dieser Erscheinung sei in der feindlichen Politik gegenüber Polen zu suchen. Die unabhängigen Sozialisten warfen dem Senat vor, daß er sich nicht bemühte, die Waffenfabrik der Fabrikation von Waren für friedliche Zwecke anzupassen. Der Senat hat jedoch unterlassen, dies zu tun, weil er der Meinung war, daß das Weiterbestehen der Fabrik für Revanchezwecke nötig ist. Der Vertreter der Kommunisten warf dem Senat vor, daß er eine feindliche Stellung gegenüber Polen eingenommen hat und daß er den Grundsatz nicht anerkennen will, daß Danzig als der einzige Hafen Polens mit ihm eng verbunden ist.

Festnahme eines diebischen Beamten.

Danzig, 9. Juli. (Pat.) Der Postbeamte Tahn, der vor einigen Tagen im Postamte 300,000 Mark gestohlen hatte, wurde am Mittwoch von der polnischen Grenzwache festgenommen und nach Karthaus abgestellt.

Danzig wehrt sich gegen den Transport von Kriegsmaterial.

Die hiesigen deutschen Zeitungen führen einen lebhaften Kampf gegen den Transport von Explosionsmaterial und Munition durch Danzig nach Polen. Die Ursache ist die Ankunft des französischen Dampfers „Marie Louise“ aus Petersburg mit Kriegsmaterial für Polen. Auf demselben Schiff traf in Danzig eine französische Wache ein. Ebenso kam in Danzig ein Weichseldampfer mit 500 Soldaten an, die auf Grund des Völkerbundsratsbeschlusses die Kriegsmaterialien während der Ausladung und des Transportes nach Polen bewachen soll.

Die Hafenstatistik

für den Monat Juni stellt sich folgendermaßen dar: Es liefen im ganzen 205 Schiffe mit 137,748 Registertonnen Rauminhalt ein, davon mit Ladung 166 Schiffe mit 123,900 Tonnen Inhalt. In derselben Zeit verließen den Danziger Hafen 207 Schiffe mit 125,772 To. Gehalt, davon mit Ladung 155 Schiffe mit 98,125 To. Im Vergleich zum vorhergehenden Monat hat sich die Ladung der Schiffe, die Danzig verließen, um 19,000 To. erhöht. Die Ladungen der im Juni eingetroffenen Schiffe bestanden hauptsächlich aus Getreide, Mehl, Kohlen; die ausfahrenden Schiffe enthielten vor allem Holz, Zement und Zucker.

Die Liquidationsfrage.

Die Liquidationsfrage ist immer wieder Gegenstand von Anfragen. Die Rechtsstelle des Deutschtumsbundes hat sich in Hinsicht eines besonderen Falles dazu nochmals folgendermaßen geäußert.

Diejenigen, die nach 1908 in die vormals preußischen Landesteile erst eingewandert sind, unterliegen der Liquidation. Zur Ausübung der Liquidation ist lediglich der polnische Staat nach Maßgabe des Friedensvertrages und des Liquidationsgesetzes vom 4. 3. 20 berechtigt. Als Behörde für das Liquidationsverfahren ist das Liquidationsamt geschaffen, welches allein die zur Durchführung der Liquidation notwendigen Maßnahmen treffen kann. Die von den Gendarmen vorgenommenen Schritte sind wahrscheinlich Ausflüsse eines überspannten Chauvinismus eines ihm übergeordneten Organs und stehen mit dem Rechte durchaus nicht im Einklange. Liquidationen sind bisher überhaupt noch nicht in Angriff genommen, da es bisher noch an Ausführungsbestimmungen zu dem vorerwähnten Liquidationsgesetze fehlt.

Der polnische Staat kann nur durch das Liquidationsamt Liquidationen vornehmen, und dies auch erst dann, wenn die Ausführungsbestimmungen ergangen sein werden. Die Frage der Liquidation ist einer der Gegenstände, welche in den deutsch-polnischen Verhandlungen beraten werden. Soweit bekannt, verlangt die deutsche Regierung, daß Polen überhaupt auf das Liquidationsrecht verzichtet.

Die diesbezüglichen Verhandlungen werden in Paris gepflogen, es ist mir aber nicht bekannt, welchen Stand sie inzwischen erreicht haben. Jedenfalls dürfte der bisherige Mangel an Ausführungsbestimmungen mit darauf zurückzuführen sein, daß Verhandlungen hierüber angebahnt sind. Die Ausführungsbestimmungen wurden eigentlich schon Anfang November v. J. erwartet, damals setzten aber die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen ein.

Unterminierung der Rheinbrücken.

Düsseldorf, 5. Juli. Der deutsche Reichskommissar für die besetzten Gebiete hatte in einer Note die Aufmerksamkeit der Botschafterkonferenz auf die in Aussicht genommenen Arbeiten zwecks Einrichtung von Pulverkammern in den Pfeilern der Brücken von Ludwigshafen, Worms und Mainz gelenkt. Er machte darin geltend, daß diese Maßnahmen weder von der Waffenstillstandskommission noch im Friedensvertrag, noch im Rheinabkommen vorgesehen sind und ersucht die Konferenz, einzugreifen, um diese Maßnahmen zu verhindern. Die Botschafterkonferenz hat dem Reichskommissar auf diese Note mitgeteilt, daß sie sich dem von ihm vertretenen Standpunkt nicht anschließen könne. Die Arbeiten bildeten in der Tat einen Teil im Verteidigungsplan (!) der Rheinarmee und seien vom Kommandeur, der für die Sicherheit der Besatzungstruppen (!) verantwortlich sei, als unentbehrlich erklärt worden. Die Ausbohrungen der Pulverkammern, die gegebenenfalls eine schnelle und vollständige Vernichtung der Pfeiler ermöglichen, sei eine elementare Vorsichtsmaßregel (!), die in keinem Fall außer acht gelassen werden kann.

„Die Parodie der Gerechtigkeit.“

Paris, 2. Juli. In einem Leitartikel der „Humanité“ wird eine schwere Anklage gegen den französischen General Martin de Bouillon erhoben. Seit Wochen, sagt der Schreiber, nimmt die Parodie der Gerechtigkeit in Leipzig ihren Fortgang. Es ist eine Parodie, denn unter solchen Umständen ist es unmöglich, Recht zu sprechen. Freispruch bedeutet einen Freibrief für das Verbrechen, Verurteilung eine Unterschreibung der These, daß nur die Deutschen die Verbrecher sind, was eine ungeheure Lüge sein würde. In Leipzig sitzt man über den deutschen General zu Gericht, der beschuldigt wird, Befehl gegeben zu haben, keine Gefangenen zu machen. Ein deutsches Verbrechen, nicht wahr? Aber hört nun folgendes. Am Tage vor der Offensive vom 25. September 1915 befand sich mein Regiment in Olhain, hinter dem Plateau von Loretto. Am 23. wurden alle Offiziere unserer 13. Division vom General für die letzten Instruktionen vor dem Angriff zusammengerufen. Schauplatz Schullokal in einem kleinem Ort auf einem Hügel von Artois. Der General steigt aus dem Automobil, während die Musik Sambre et Meuse spielt, und schreitet in gewichtigem Schritt zu dem Schullokal, wo die Offiziere in den Bänken sitzen. Er spricht zuerst Mut für den Angriff zu: „Wir kommen an den Rhein, ein Land, wo Ihr guten Wein und schöne Mädchen findet;“ dann die Ordre für den Angriff: „Ihr sollt keine Gefangenen machen.“ Ich höre noch den General, der witzig scheinen wollte, hinzufügen: „Höchstens mit einer einzigen Ausnahme, damit mein Dolmetscher sie ausfragen kann.“ Sobald ich das Schullokal verlassen hatte, äußerte ich meine Entrüstung. Zufällig ging neben mir mein Oberst, ein netter Kerl, dem ich meine Gefühle über die Ansprache des Generals mitteilte. Er war vollkommen mit mir eins und auch alle Kameraden, mit denen ich seitdem darüber sprach. Das sind die Tatsachen, die französische Regierung hat durch die Strafverfolgung des deutschen Generals Stenger verkündet und wir sind ihr dankbar dafür, daß das Verbot, Gefangene zu machen, ein Verbrechen ist. Ich beschuldige den französischen General Martin de Bouillon, Kommandeur der 13. Infanterie-Division, dasselbe Verbrechen vor dem Angriff am 25. September 1915 in Artois begangen zu haben. Eines von beiden bleibt: Entweder ich bin ein Verleumder oder der General ist ein ungeheurer Barbar. In jedem Falle muß gegen einen von uns beiden eine strafrechtliche Verfolgung aufgenommen werden. Ich bin neugierig, zu erfahren, wie man sich aus einem solchen Dilemma retten wird.“ Der Artikel ist unterzeichnet mit Gentilhomme de Tour.

* **Polizeiposten bei den Schlachthäusern.** Das Polizeikommando wurde angewiesen, die entzogenen Posten bei den beiden hiesigen Schlachthäusern wieder zu besetzen. Die Polizisten haben auf Ruhe und Ordnung unter den Fleischern und Viehhändlern zu achten. Ferner haben die Polizisten die Zeugnisse über die Herkunft eines jeden nach dem Schlachthaus gebrachten Pferdes oder Hornviehs zu prüfen und diese dann dem stationierten Veterinär zu übergeben.

* **An die kaufmännischen Beamten.** Am Dienstag, den 12. Juli findet abends 9 Uhr im Stadtmissionssaale die zweite Sitzung der hiesigen kaufmännischen Beamtenschaft, in Angelegenheit des Baues der St. Matthäikirche statt, zu welcher ich mir gestatte, die sehr geehrten Beamten und Beamtinnen dringend und herzlich einzuladen.

Pastor J. Dietrich.

* **Zum Handel mit Fischen.** Die Lodzer Wojewodschaft hat die Polizeibehörden aufgefordert, die Vorschriften in Sachen des Handels mit Fischen zu beobachten.

* **Tötlicher Unfall.** Auf der Ozorkower Chaussee, drei Werst von Zgierz entfernt, verunglückte tötlich der in Lodz an der Górnastr. 8 (Kozing) wohnhafte Nissen Henoch Pomeranz, welcher in einer Britschka fuhr. Das Pferd wurde beim Herannahen einer Chaussee-Dampfwalze scheu, Pomeranz stürzte aus dem Wagen und kam unter die Walze der Maschine. Der Verunglückte wurde im Zustande der Agonie nach dem städtischen Hospital in Zgierz gebracht, wo er bald darauf verstarb. Die Angelegenheit wurde dem Prokurator des 5. Bezirks in Lodz übergeben.

* **Razzia.** Während einer in der gestrigen Nacht im Bereiche des 8. Kommissariats vorgenommenen Razzia wurden mehrere verdächtige Personen verhaftet, darunter auch der von der Polizei gesuchte Stefan Patrikula.

* **Diebstähle und Verhaftungen.** Im Laufe der Untersuchung wegen des Diebstahles von Transmissionsriemen in der Scheibler'schen Fabrik an der Emilien-Straße 20 wurde noch ein zweiter daselbst verübter Diebstahl aufgedeckt. Es wurden aus einem Schrank des Fabrikskontors 6000 Mark und ein Treibriemen gestohlen. Die Diebe sind bereits verhaftet. Von bisher noch unermittelten Dieben wurden gestohlen: aus der Wohnung des Lucjan Drygas an der Gdanska-Straße 87 Garderobe und Wäsche im Werte von 150,000 Mark, aus der Fabrik von Hubert Mühle an der Leszno-Straße 8 Wollwaren im Werte von 217000 Mark und aus der Wohnung des Waclaw Lesniewski an der Wschodnia-Straße 69 verschiedene Sachen im Werte von 150000 Mark.

* **Sittlichkeitsverbrechen.** An der Piwna-Straße 4 beging der 36jährige Wladyslaw Laskowski an der 17jährigen Genoveva Kulisz ein Sittlichkeitsverbrechen. Laskowski wurde verhaftet.

* **Beim Steinsprengen** vermittels Pulver am Ausgang der Konstantiner-Straße erlitt der im Hause Brzezinska-Straße Nr. 100 wohnhafte Roch Michalski schwere Verletzungen am ganzen Körper. Der Verunglückte wurde mittels Rettungswagen nach dem Hospital in der Drewnowska-Straße 75 gebracht.

Das Ende der Zwangswirtschaft.

Das Haupt- und Parteiorgan der polnischen Sozialistenpartei müht sich ab, die theoretischen Segnungen der staatlich-zwangsbewirtschafteten Lebensmittelversorgung nachzuweisen. Ganze Berge von Beweisgründen türmt es auf; wo diese nicht ausreichen, schimpft es. Schimpft über den Minister, der den Freihandel will, und nennt ihn „Minister des Freiwuchers“. Und die Tatsache, daß man in Warschau und Lodz und anderen Städten trotz Zwangswirtschaft einerseits und durch Auslandskäufe ergänzter Produktion andererseits manchmal recht, recht schlecht versorgt ist — nun, diese Tatsache debattieren die Herren Sozialisten mit leichter Handbewegung hinweg: Der Minister taugte eben nichts, seine Beamten taugten noch weniger, die Gendarmen taugten gar nichts und die Bauern erst recht überhaupt nichts.

Von diesen unentwegten Verfechtern sehr anfechtbarer Theorien abgesehen, freut sich jeder Mensch, daß man nun endlich von den staatlichen Zwangswirtschaft zu großen Teilen freikommt, die zur Psyche des polnischen Bauern und zur Straffheit der Exekutivorgane in Ländern des Ostens so gut paßt, wie jene berühmte Faust aufs Auge. Wer nun recht hat: Die Masse der Freihandelsfreunde oder ihre Gegner — das wird ja wohl erst der nächste Winter zeigen. Die Natur hat es nun einmal so schnurrig eingerichtet, daß allemal im Sommer das meiste von dem Zeug wächst, womit der Mensch seinen Körper ernährt. Demzufolge war man im Sommer auch in Warschau immer friedlicher und freundlicher, da man besser und reichlicher lebte — mochten die Früchte des Feldes und des Gartens nun auf zwangswirtschaftlichem Wege in die Stadt kommen oder auf Schleichwegen oder jetzt auf der legalen Bahn des freien Handels.

Eingesandt.

Die Verwaltung des Verbandes der Fabrikmeister in Lodz bringt den Herren Mitgliedern zur Kenntnis, daß morgen, Montag, um 6 Uhr abends im Saale des Lodzer Sport- und Turnvereins an der Zakontna-Straße Nr. 82 eine außerordentliche Versammlung stattfindet. Angesichts der Wichtigkeit der Tagesordnung wird um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Aus der Provinz.

Zgierz. Eine Rabenmutter. Die in der Sgloina-Straße 21 wohnhafte Antonina Urbaniak schenkte einem unehelichen Kinde weiblichen Geschlechts das Leben und legte es eine halbe Stunde nach der Entbindung, in eine Schürze gewickelt, in ein Kornfeld auf der Zgierzer Chaussee. Durch die polizeiliche Untersuchung wurde festgestellt, daß das Kind ermordet wurde. Die Leiche des Kindes wurde nach dem Prosektorium in Lodz gebracht. Die Urbaniak wurde verhaftet und im Zgierzer Untersuchungs-Gefängnis interniert. Sie hat, wie festgestellt wurde, bereits zum zweiten Male einen Kindesmord begangen.

Aus Warschau.

— **Schließung der Lumpenlager.** Die sanitäre Kommission hat sämtliche Lumpenlager neben dem „Plac Broni“ geschlossen. Die interessierten Personen erhoben dagegen Protest und erklären, daß die Verordnung den Handel untergräbt, der für Manufakturfabrikation in Lodz und Bialystok von großer Bedeutung ist.

Aus dem Reiche.

Thorn. Während des Kinderfestes zu Ehren der Amerikaner hatte der Wojewodschaftssekretär Jadzejewski die Rolle des Kosciuszko zu Pferde übernommen. Als er das Pferd bestieg, scheute dieses plötzlich und floh wild davon. Aus diesem Grunde mußte die Teilnahme der Gruppe Kosciuszkos am Kinderfest fortbleiben.

Lemberg. Der Kellnerstreik der fast 3 Wochen anhielt, ist durch einen Ausgleich beigelegt worden.

Ueber die Schulverhältnisse

wird aus Bromberg geschrieben:

Aus verschiedenen Vorkommnissen, unterbehördlichen Anordnungen und verwirrtem und unsicherem Verhalten der Elterngemeinschaften geht hervor, daß über Schulorganisations- und Verwaltungsfragen eine große Unklarheit herrscht. Um diese zu beseitigen und um klaren, rechtlichen Grundsätzen auch in den Schulfragen, die eine viel zu geringe Beachtung finden, zum Durchbruch zu verhelfen, dazu sollen folgende Ausführungen dienen:

Es gab zu preußischen Zeiten in diesem Gebiet paritätische und konfessionelle Schulen. In die paritätischen Schulen gingen die Kinder der verschiedenen religiösen Bekenntnisse und hatten bis auf den Religionsunterricht gemeinsame Schulstunden. In die konfessionellen Schulen gingen nur Kinder eines religiösen Bekenntnisses, also in evangelische Schulen nur evangelische, in katholische nur katholische und in jüdische Schulen nur jüdische Kinder.

Die Schulen waren auch verhältnismäßig einer Unterscheidung unterworfen. Die paritätischen Schulen waren Kommunalschulen, d. h. ihre Träger waren die Eltern der gesamten Kommune (d. h. politische Gemeinde, wenn dieser Ausdruck geläufiger ist), ohne Rücksicht auf die Konfession der Eltern. Der Schulvorstand war selbstverständlich auch paritätisch, d. h. ohne Rücksicht auf die Konfession zusammengesetzt.

Die konfessionellen Schulen waren verhältnismäßig Sozietätsschulen, d. h. von Schulsozietäten getragen. Eine Schulsozietät ist die Gemeinschaft der Eltern derselben Konfession in einer (politischen) Gemeinde oder in mehreren zusammenliegenden kleinen Gemeinden. Es gab also nach diesem Gesichtspunkt eine evangelische Schulgemeinde (ev. Sozietät) mit einem evangelischen Schulvorstande und eine katholische Schulgemeinde (kath. Sozietät) mit einem katholischen Schulvorstande. Dementsprechend gab es auch in einer größeren (politischen) Gemeinde ein Schulhaus für evangelische Kinder. Oder die gleich konfessionellen Kinder aus mehreren kleineren Gemeinden hatten in einer dieser Gemeinden ein „katholisches“ und ein „evangelisches“ Schulhaus. Für die Schulunterhaltung waren in diesem Falle die Schulsozietäten verpflichtet, d. h. die evangelische Schulgemeinde hatte für ihre Schule in geldlicher Hinsicht zu sorgen, die katholische Schulgemeinde ebenfalls für ihre. Jede dieser Schulgemeinden (Sozietäten) hatte deshalb einen besonderen Etat und zahlte verschieden hohe Schulsteuern, obwohl sie Mitglieder derselben politischen Gemeinde bezw. desselben Komplexes politischer Gemeinden waren.

Vom konfessionellen Standpunkt ist die Trennung in Konfessionsschulen, bezw. Schulsozietäten das einzig richtige und ist deshalb immer und überall von konfessionell gesonnenen Kreisen gefordert worden.

Im Sejm ist nun die Konfessionsschule seinerzeit abgelehnt worden. Aus welchen Gründen, ist nicht ersichtlich. Es ist nun aber keineswegs die Folgerung erlaubt, daß durch die Ablehnung der Konfessionsschulen die Zulassung national-paritätischer Schulen gegeben sei. Die Volksschulen in Polen müssen laut Minderheitsschutzvertrag national getrennt sein. Wenn jetzt einzelne Unterstellen in bisher konfessionell aufgezogenen deutschen Schulgemeinden nationalparitätische Schulvorstände bilden lassen, so ist das vollkommen unstatthaft. Es gibt kein Gesetz und keinen rechtsgültigen Erlaß, wonach ein solches Vorgehen zulässig wäre.

Ebenso unstatthaft ist es, daß deutsche Kinder von einem polnischen Lehrer unterrichtet werden, wie das tatsächlich vorkommt. In einigen Fällen ist auf Protest der Eltern auch wieder davon Abstand genommen worden. Es wird in jedem Falle Sache der deutschen Eltern sein, da, wo dieser unzulässige Zustand noch herrscht, dagegen Stellung zu nehmen. Auch in den Gemeinden, wo zu preußischen Zeiten paritätische Schulen bestanden, muß jetzt nach Lage der neuen Verhältnisse überall die nationale Trennnung durchgeführt werden, wogegen die Ablehnung der Konfessionsschule im Sejm durchaus nicht spricht.

Auf Grund welcher gesetzlichen Unterlagen die Zerreißung bisheriger Schulverbände, Schulsozietäten geschehen kann, wie teilweise angestrebt wird, ist auch nicht ersichtlich. In jedem Fall haben solche Neuorganisationen nur im Einverständnis der Schulgemeinden zu erfolgen — und nach den alten Verordnungen des preußischen Kultusministeriums ist bei solchen „Umschulungsangelegenheiten ein resolutorisches Verfahren den Bestimmungen nicht entsprechend und zu vermeiden.“ (Ministerialerlaß 6. April 1882). Die deutschen Schulgemeinden werden also Wege zu finden haben, die nicht resulatorisch mit sich umspringen zu lassen.

Es gibt im abgetrennten Gebiet eine ganze Menge deutscher (früher amtlich als evangelisch bezeichneter) Schulen, die die Zahl von 80 Schulkindern niemals hatten. Nach unserer Auffassung kann der Staat solche Schulen nicht außer Betrieb setzen, indem er auf die Bestimmungen des Minderheitsschutzvertrages fußt, wonach 40 Kinder zur Einrichtung einer deutschen öffentlichen Volksschule erforderlich sind. Die Bestimmungen des Minderheitsschutzvertrages sind nicht zu dem Zweck erlassen worden, die Minderheiten zu schädigen. Sie können also bestehende günstige Verhältnisse der Minderheit nicht aufheben wollen, in diesem Falle also deutsche Schulen, die die im Minderheitsschutzvertrage genannte Kinderzahl nie hatten. Es bleibt also für den Staat die unbestreitbare Pflicht, solche Schulen aufrecht zu erhalten. Eine Auflösung käme vielleicht erst dann in Frage, wenn die Voraussetzungen der sogenannten Zwergschule nach alten preußischen Begriffen gegeben wären.

Bei den deutschen Schulen, die erst nach dem Staatshoheitswechsel auf eine geringere Kinderzahl als 80 zurückgesunken sind, könnte der Staat allenfalls sich auf einen anderen Standpunkt stellen.

In jedem Falle aber ist es ganz ungeklärt, ob der Staat sich auf irgend eine rechtliche Grundlage stellen kann, wenn er etwa bei Einstellung des Unterrichtsbetriebes infolge geringer Kinderzahl das Schulhaus, das Schulinventar und das Schulgrundstück für sich und zu anderer Zweckverwendung in Anspruch nehmen wollte. Das Eigentumsrecht dürfte da in erster Linie der deutschen Schulgemeinde (evangelische Schulsozietät) zustehen. Eine prinzipielle gerichtliche Entscheidung müßte in solchen Fällen Klarheit schaffen. (Besitzstörungsklage!)

Wenn der Staat den Unterrichtsbetrieb in solchen Fällen nicht aufrecht zu erhalten verpflichtet zu sein glaubt, so wird er sich nicht gut dem Willen der Eltern entziehen können, das Schulhaus zur Aufmachung einer privaten deutschen Volksschule zu benutzen. Das kann er um so weniger, als ja in allen diesen Fällen auch von früher her für den katholischen — polnischen Volksteil ein Schulgebäude in der betr. Gemeinde vorhanden ist. Eine etwaige Benutzung des „evangelischen“ Schulgebäudes für diesen Bevölkerungsteil käme also garnicht in Frage. Das Gebäude müßte also leerstehen oder zu andern ungehörigen Dingen verwandt werden.

Zum Schluß noch ein Wort über die deutsch-katholischen Schulen. Bei dem Uebergang der ehemals preußischen Gebiete an Polen sind hier im richtiger Auffassung des Prinzips der nationalen Trennung besondere Schulen oder Klassen für die Kinder deutscher Katholiken eingerichtet worden. Es ist selbstverständlich ganz unstatthaft, daß ein Katholik polnischer Nationalität an solchen Schulen als Lehrer tätig ist. Es liegt ein Fall vor, daß an einer solchen „deutschkatholischen“ Schule bei Wegzug des bisherigen Lehrers ein Lehrer polnischer Nationalität eingestellt werden soll, der bisher Leiter der polnischen Schule in einer kleinen Provinzstadt war. Die katholischen Eltern und die katholische Geistlichkeit deutscher Nationalität werden sich um diese Dinge sehr erheblich kümmern müssen.

Die Auszahlung von Hypothekenschulden an ausländische Gläubiger.

Die Frage, wie die Hypothekenschulden an ausländische Gläubiger zu erfolgen haben, ist schon vielfach gestellt und in der verschiedensten Weise beantwortet worden. Von verschiedenen Seiten ist diese Frage erneut wieder angeschnitten worden. Die Justizabteilung des Deutschtumsbundes in Bromberg hat nun in dieser Angelegenheit folgendes Gutachten abgegeben, das wir hiermit der Oeffentlichkeit bekannt geben.

„Die Auszahlung an im Auslande ansässige Gläubiger, insbesondere an die Landschaft, kann meines Erachtens nur in deutscher Währung erfolgen. Das polnische Valutagesetz hat nach seinem eigenen Wortlaut nur Gültigkeit innerhalb der Grenzen des Abtretungsgebietes, nicht über diese Grenzen hinaus. Die westpreußische Landschaft würde auch eine Rückzahlung in polnischer Währung für diese nicht als bindend anerkennen, sondern sich zum mindesten ihre Ansprüche auf Valutadifferenz vorbehalten. Sie würde ferner, sobald der Schuldner oder evtl. einer seiner Erben einmal nach Deutschland übersiedelt, den Schuldner auf die Differenzzahlung anfassen, und meines Erachtens könnte kein deutsches Gericht diesen Anspruch ablehnen. Nach Art. 30 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch ist die Anwendung eines ausländischen Gesetzes u. a. dann ausgeschlossen, wenn die Anwendung gegen den Zweck eines deutschen Gesetzes verstoßen würde. Die Landschaft hat seinerzeit ein Darlehn gegeben, und der hierauf bezügliche § 607 des Bürgerlichen Gesetzbuchs lautet:

„Wer Geld oder andere vertreibbare Sachen als Darlehen erhalten hat, ist verpflichtet, dem Darleiher Sachen von gleicher Art, Menge und Güte zurückzugewähren.“

Zweck dieses § 607 ist also, dem Darlehnsgläubiger das zurückzugeben, was er seinerzeit aus seinem Vermögen hingegeben hat. Ich verweise auf den Artikel in Nr. 20 der „Deutschen Nachrichten“: „Die Stellungnahme der deutschen Gerichte zum polnischen Valutagesetz.“ Die Verpflichtung der Zahlung würde auch im Falle des Todes des Schuldners auf dessen Erben übergehen, und zwar auch in dessen Person weiterbestehen, wenn etwa das Grundstück inzwischen verkauft werden sollte und der Käufer in Anrechnung auf den Kaufpreis die eingetragene Hypothek übernähme. Die Hypothek besteht im Grunde genommen aus zwei Rechtsverhältnissen, nämlich einerseits dem zugrundeliegenden Schuldverhältnis (Darlehen, Restkaufgeld usw.) und andererseits aus dem zur Sicherung der persönlichen Ansprüche gestellten Pfandrecht an Grundstücke. Wer Eigentümer des Grundstücks ist, geht den Hypothekengläubiger nur insofern etwas an, als er gegen diesen Klage auf Duldung der Zwangsvollstreckung zu richten hat, falls er seine persönlichen Ansprüche durch Zugriff auf das Grundstück realisieren will. Persönlich haftbar bleibt aber normalerweise der ursprüngliche Darlehnsempfänger, es sei denn, daß der Gläubiger seine Entlassung aus dem Schuldverhältnis und seine Ersetzung durch den neuen Erwerber des Grundstücks genehmigt hätte. Eine solche Genehmigung liegt aber nicht etwa in der Annahme der Zinsen von dem neuen Grundstückseigentümer, sondern es ist hierfür ein besonderes Verfahren im § 416 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgesehen.

Auch die Vereinbarung des Erfüllungsortes Bromberg kann an den klaren Bestimmungen des Art. 30 E. G. B. G. B. in Verbindung mit § 607 B. G. B. nichts ändern. Die Vorschrift des materiellen Rechtes, welches auch unbedingt dem allgemeinen Rechtsempfinden entspricht, muß stärker sein als die Bestimmung, daß ein Bestimmungsort vereinbart ist. Abgesehen davon gibt es keine geschriebene Bestimmung dafür, daß das Gesetz des Erfüllungsortes maßgebend ist; es ist dies nur eine durch langjährige Uebung des Reichsgerichts zum Gewohnheitsrecht gewordene Rechtsnorm. Der Anfrager müßte also darauf gefaßt sein, daß er oder einer seiner Erben einmal in Deutschland auf Zahlung in deutscher Währung in Anspruch genommen wird. Um ihn dort anzufassen, genügt es, wenn er irgendwo in Deutschland ein Vermögen besitzt, zum Beispiel ein Bankguthaben, denn nach § 25 der Zivilprozeßordnung kann ein im Ausland wohnender Schuldner vor dem Gericht verklagt werden, in dessen Bezirk im Inlande sich Vermögen des Schuldners befindet.

Forderungen der polnischen Kaufmannschaft.

Im Hinblick auf die zwischen Danzig und Polen schwebenden wirtschaftlichen Verhandlungen ist für die Danziger Geschäftswelt, der „Danziger Wirtschaftszeitung“ zufolge, von besonderem Interesse, welche Forderungen die polnische Kaufmannschaft hinsichtlich der Aus- und Einfuhrregelung und der Zollpolitik vertritt. Die polnische Kaufmannschaft klagt über ständig steigende Mißstände und hat sich durch ihre Zentralverbände veranlaßt gefühlt, dem polnischen Minister für Handel und Industrie eine ausführliche Stellungnahme zu überreichen. Ihrer Ansicht nach kann nur der freie Handel Preisrückgänge und Gesundung des Wirtschaftslebens herbeiführen. Nach den Ausführungen der Eingabe ...

die polnischen Ministerien verursachen die Beschränkungen des freien Handels einzig und allein das Aufblühen des Schleichhandels, Schmuggels sowie der ungesunden Spekulationen und sind für den reellen Kaufmann vernichtend, der mit Personen nicht in Wettbewerb treten kann, die die gesetzlichen Bestimmungen nicht beachten. Die polnische Kaufmannschaft hat ihre Stellungnahme in folgende Forderungen zusammengefaßt:

1. Die Aufhebung des Gesetzes vom 15. Juli über den Warenverkehr mit dem Auslande und Erlassung an deren Stelle entsprechende Vorschriften über die Zollpolitik, welche in wirksamer Weise unsere Ein- und Ausfuhr regeln würden. Die gegenwärtig herrschenden Vorschriften, die es ermöglichen, an einzelne Petenten beliebige Einfuhr- bezw. Ausfuhrbewilligungen zu erteilen, verursachen die ungesunden Verhältnisse und machen es unmöglich, die Kalkulation der Preise mit Sicherheit vorzunehmen, indem sie gleichzeitig die Sicherheit des Warenverkehrs ins Schwanken bringen. Die in Vorschlag gebrachten Reformen werden sicherlich zugunsten des Staatsinteresses ausfallen.

2. Die Aufhebung des Wucheramtes. Die Tätigkeit dieses Amtes bringt der Oeffentlichkeit gar keinen Nutzen, sondern ist im Gegenteil schädlich. Hierdurch bezw. durch die Tätigkeit dieses Amtes wird der Schleichhandel und insbesondere der Kettenhandel nicht beseitigt, sondern vielmehr die Tätigkeit dieses Amtes bewirkt dessen Aufblühen. Der Kaufmannsstand erleidet hierdurch viele Schikanen und gar oft unbegründete Erschwernisse. Unter diesen Umständen ist der redliche Kaufmann gewissermaßen stets der Verdächtige und werden fortwährend gegen ihn Straferhebungen gepflogen. Wenn also die Aufhebung der Wucherämter beschlossen wird, muß natürlicherweise auch die Verordnung über die Tätigkeit dieser Aemter aufgehoben werden.

3. Die Vereinfachung der Devisenvorschriften und vor allem die Erleichterung des Geldverkehrs mit dem Auslande. Die Einführung des freien Geldverkehrs wird die gewaltigen Kosten der Ueberweisung beseitigen, die doch die Verteuerung der Waren zur Folge hat. Hierdurch wird auch die ungesunde Geldspekulation und der Geldschmuggel verhindert.

4. Die Erleichterung des Verkehrs mit dem Auslande für die hiesige Kaufmannschaft durch Beseitigung der unnötigen und beschwerlichen Formalvorschriften über das Paßvisum, die gegenwärtig von den administrativen Aemtern so strenge gehandhabt werden, und insbesondere die Aufhebung der Vorschrift, daß zwecks Erlangung des Passes der Petent stets die Zahlung der Steuern durch Vorlage einer Bestätigung des Steueramtes nachweisen muß.

5. Die Beseitigung der besonderen Begünstigungen erfassen zugunsten der verschiedenen Konsumvereine, insbesondere durch Zuweisung der rationierten Waren sowie der Steuererleichterungen und deren Gleichstellung mit anderen Handeltreibenden hinsichtlich der Kreditbedingungen.

6. Die Aufhebung sämtlicher Zentralen und staatlicher Verteilungsanstalten.

7. Die Verlängerung der Arbeitszeit in den Geschäftsbetrieben und die Uebertragung der Regelung derselben an die kommunalen Körperschaften und insbesondere an die Stadtgemeinden.

Die Vertreter der polnischen Regierung haben demgegenüber erklärt, daß sie grundsätzlich mit der Einführung des freien Handels einverstanden sind. Jedoch könne darunter lediglich ein freier Innenhandel verstanden werden. Die Beschränkungen der Ein- und Ausfuhr gegenüber dem Auslande müßten unbedingt bleiben, Es soll versucht werden, die Ein- und Ausfuhrpolitik besonders durch Zollbestimmungen zu beeinflussen. Die staatlichen Ein- und Ausfuhrämter sollen nach dem vorliegenden Berichte aufgehoben werden. „Für die einzelnen Geschäftszweige werden Kammern gebildet, die die zu ergreifenden Maßregeln für Ein- und Ausfuhr der betreffenden Artikel zu bestimmen haben werden.“ Wir haben in der Danziger Presse in den letzten Monaten häufiger über polnische Kammern für einzelne Geschäftszweige gelesen. Die „Kammern“ entsprechen den deutschen Außenhandelsstellen, die bekanntlich fachlich gegliedert und Selbstverwaltungskörper sind. Ob durch die Bildung dieser Kammern eine Besserung der Verhältnisse herbeigeführt wird, hält die polnische Kaufmannschaft selbst für zweifelhaft.

Die irischen Bischöfe gegen die englische Herrschaft.

Die am 21. Juni zu Maynooth abgehaltene Konferenz sämtlicher irischer Bischöfe hat eine feierliche Erklärung erlassen, in der es u. a. heißt:

„In der Trübsal und dem Leiden dieser fürchterlichen Tage ist es ein großer Trost für unser Volk, zu wissen, daß es heute wie immer auf die ernste und tatkräftige Sympathie des Heiligen Vaters zählen darf. Wir sind unendlich dankbar, daß er uns trotz seiner beschränkten Mittel die reiche Gabe von 200,000 Lire zur Linderung der Not unseres gequälten Volkes geschickt hat, aber noch viel wertvoller und willkommener ist dem Herzen Irlands die väterliche Zuneigung, die aus jeder Zeile des päpstlichen Schreibens hervorleuchtet. Wir wissen seit langem, daß die Zustände in unserem Lande ein Gegenstand tiefster Sorge Seiner Heiligkeit sind. Diese Zustände haben nun die Aufmerksamkeit und Entrüstung aller wahren Freunde der Freiheit auf sich gezogen. Das Bild, das wir vergangenen Oktober von Irland vor der Welt entworfen, war, obgleich an sich schrecklich genug, nur ein schwacher Abglanz der Unwürdigkeit und Gewalttätigkeiten, denen unser Land ausgesetzt war. Seitdem sind alle Schrecken noch verstärkt worden und noch schrecklichere Dinge werden uns angedroht, weil unsere Landsleute mit Recht die trügerische Regelung, die die britische Regierung entworfen hat, zurückweisen. Irland zum Trotz hat man gerade jenem Teil seiner Bevölkerung, die von jeher durch seine Intoleranz bekannt war, eine eigene Regierung gegeben, ohne die geringsten Schutzmaßregeln für die Opfer ihrer sich immer wieder erneuernden Grausamkeit zu treffen. Solange nicht der Terror aufhört und Irlands Recht, sich selbst eine Regierung zu wählen, nicht anerkannt wird, wird niemals Friede möglich sein . . . .“

Keine Rückerstattung der evakuierten Fabrikseinrichtungen an Lettland.

Riga, 9. Juli. (Pat.) Die Sowjetdelegation in Riga macht bekannt, daß die Sowjetregierung sich mit der Rückgabe der seinerzeit nach Rußland evakuierten Fabrikseinrichtungen nicht einverstanden erklärt hat. Es handelt sich vor allem um die Fabriken zur Herstellung von Hufeisen, Blechbüchsen, Schlössern und dgl.

Telegramme.

In Kowno vor der Schlichtung des Konflikts.

Riga, 9. Juli. (Pp.) Am Mittwoch und Donnerstag wurden in Kowno antipolnische Demonstrationen veranstaltet. Sie trugen deutlich einen künstlichen Charakter und wurden von litauischen Offizieren geleitet. Wie die in litauischen Fragen gut informierte Quelle angibt, tritt das litauische Volk und ein Teil der litauischen Gesellschaft für eine sofortige Verständigung mit Polen ein. Dieses Streben ist durch die katastrophale Wirtschaftslage des Kownoer Litauens verursacht worden.

Der erste blinde Passagier auf einem Luftschiffe.

Lugano, 6. Juli. Nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ entdeckte man bei der Ankunft des deutschen Luftschiffes „Bodensee“ in Rom, daß sich ein blinder Passagier an Bord befand. Es handelt sich um den 23jährigen Bankangestellten Walter Kronn, dem es gelungen war, sich in einer Ecke der großen Gondel zu verstecken. Er erklärte der Polizei, daß er schon wiederholt versucht habe, an Bord eines Luftschiffes zu gelangen, um nach Italien zu kommen.

Beigelegter Streik.

Karsborn, 8. Juli. (Pat.) Radio. Der Streik der Hafenarbeiter und schwedischer Matrosen wurde beigelegt.

Aus Rumänien.

Bukarest, 8. Juli. (Pat.) Der Senat nahm mit bedeutender Stimmenmehrheit ein neues Finanzgesetz an.

In kurzen Worten.

Im Danziger Polytechnikum studierten im letzten Halbjahr 2069 Schüler, davon 22 Proz. aus Danzig, 7½ Proz. aus Polen, 63 Proz. aus Deutschland und 7½ Proz. aus anderen Ländern.

★ Esperanto-Ecke.

Redigiert von Oskar Bermann.

Esperantobewegung in Polen.

Berlin, 6. Juli.

In der letzten, stark besuchten Monatsversammlung der Berliner Esperantogesellschaft hielt Redakteur Zimmermann aus Lodz einen sehr interessanten und ungemein fesselnden Vortrag über die dortige im steten Zunehmen begriffene Esperantobewegung. Während man Amerika als das Land der Unmöglichkeiten bezeichnete, so ist Polen das Land der Gegensätze, die durch die ständige Vielsprachigkeit ihrer Einwohner noch erheblich verstärkt würden. Aus dieser schwerüberbrückbaren Not heraus, sei die Erfindung der Weltsprache als Mittel der inneren Idee des Esperantismus, Kulturmenschen auf gemeinsamer Sprachgrundlage zusammenzuführen als Wiege des Esperantos entstanden. Der Schöpfer des Esperantos, Dr. Samenhof, ein hervorragendes Sprachgenie und ein Mensch selbstloser Hingebung und kaum faßbarer Bescheidenheit, schenkte dieses Kulturwerk der Menschheit, um diese verschiedenartigen Gegensätze, die bis zur Erbitterung führen, durch eine Verständigungssprache auszugleichen. Vor dem Kriege unter der Russenherrschaft sei die polnische Esperantobewegung geduldet worden, während des Krieges bildete sie das fast einzige Verständigungsmittel zwischen den deutschen und polnischen Soldaten, jetzt wachse die Esperantobewegung in den beiden Hauptzentren Warschau und Lodz unaufhörlich. Dank der in Lodz sich vorteilhaft entwickelnden Industrie- und Handelsbewegung kann die dortige Esperantogruppe allen anderen zum Vorbild dienen, nebst einem Esperantoheim und einer großen Esperantobibliothek wirtschafte sie mit einem Vermögen von 30,000 Mark. Er richtete auch an die Berliner Esperantogesellschaft Goethes Wort: „Das Stärkste sei die Persönlichkeit“ in die Tat des Sprichwortes umzu[illegible] nicht etwa Utopisten, die eine Völkerverständigung etwa mit Gewalt der Waffen erstreben wollen. Diese Persönlichkeiten, die die allgemein menschliche Bewegung des Esperantismus fördern, auch in Berlin zu finden, sei die erste Aufgabe der Berliner Esperantogesellschaft. Präsident Ludwig Schiff dankte dem Redner für seinen gehaltvollen und äußerst feinfühligen Vortrag, dem anhaltender Beifall zuteil wurde. Sr.

Vor dem Esperantokongreß in Prag

findet am 26. Juli in Berlin eine internationale Zusammenkunft ausländischer Esperantisten im Bürgersaal des Berliner Rathauses statt. Bisher sind 8 Nationen vertreten, unter ihnen 85 Schweden. Nach Führung durch Potsdam und Berlin erfolgt am 27. Juli, 7 Uhr abends, die Fortsetzung der Reise zum internationalen Vorkongreß in Dresden.

Kirchliche Nachrichten.

Johannis-Kirche.

Sonntag, vorm. ½10 Uhr: Beichte, 10 Uhr: Hauptgottesdienst mit Feier des heil. Abendmahls. Pastor Dietrich.

Nachmittags, 3 Uhr: Kindergottesdienst. Pastor Dietrich.

Mittwoch abends 8 Uhr: Bibelstunde. Pastor Dietrich.

Stadtmissionssaal.

Sonntag, 7 Uhr abends: Jungfrauenverein. Pastor Dietrich.

Jünglingsverein.

Sonntag, 7 Uhr abends: Vortrag. Pastor Dietrich.
Dienstag, 8 Uhr abends: Bibelstunde. Lehrer Krzywiec.

St. Matthäikirche.

Sonntag, vormittags 10 Uhr: Gottesdienst. Pastor Kerpin.

S. T. Adventisten-Gemeinde.

Andrzeja-Straße Nr. 17.

Jeden Sonntag, abends 7 Uhr, und jeden Mittwoch, 8 Uhr: Religiöse Vorträge.
Eintritt frei. Prediger Dzik Ferdinand

Warschauer Börse.

Notierungen vom 9. Juli (Pat.)

	gezahlt
6% Anl. d. St. Warschau 1915/16	252
6% Anl. d. St. Warsch. 1917 für Mk. 100	113.75
4½ Pfandbr. d. Bodenkred.-Ges.	299—291
4½% Anl. der Stadt Warschau	— —
4½ „ „ f. Mk. 100	— — —
5% Anl. d. St. Warschau	— — —

Bargeld

	Verkauf	Kauf
Ver.-St.-Dollars	1875	1825
Deutsche Mark	23.50	22

Schecks	Transaktionen
Berlin	24.75
Paris	150—153
London	7125
Schweiz	— —
New-York	1875

Aktien

Handelsbank in Warsch.	1775—1800—1650
Westbank I-III.	1450—1425—1400
Kreditbank in Warsch. I-III.	2050—2150
Kijewski & Scholtz	— —
Diskontobank in Warsch.	2275
Ostrowiecker Gesellschaft	6250—6425—6300
Borkowski	1680—1620—1655
Firley	785
Jabłkowski	1400
Lilpop	3675—3600—3620
Rudzki	25600—27250—26900
Ges. der Zuckerfabriken	53900—13700
Starachowice für 500 Mk.	7690—7525—7625
Zawiercie	39000
Zyrardow	50800—49000—49300
Schiffahrts-Ges.	2450—2475
Kohle	16100—1585
Polnische Nafta	2525—2475—2500
Holz-Industrie	1675—1700

Der Väter Erbe.

Roman von Otto Elster.

(11. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten).

Das Blut stieg Raimund in die Wangen. Jetzt war es ihm klar, daß Böhmer seine Liebe zu Elfriede ausspioniert hatte, und daß sie mit ein Grund zu dem Versuch war, ihn zu verderben.

„Fräulein von Rudow hat mit meinem Entschluß nichts zu tun“, sprach er mit leicht vor Erregung zitternder Stimme, „und ich bitte ernstlich, den Namen des Fräuleins nicht mit meinem Fortgang in Verbindung zu bringen.“

Wieder lachte der Inspektor spöttisch. „Das ist meine Sache,“ sagte er rauh. „Sie können gehen. Bringen Sie mir die Bücher und die Kasse. Im übrigen werde ich über Sie und Ihre . . . Verhältnisse noch mit Herrn von Rudow Rücksprache nehmen.“

Damit wandte er Raimund den Rücken und vertiefte sich in seine Briefe.

Innerlich bebend vor Zorn, entfernte sich Raimund. Der bösartige Charakter Böhmers hatte sich jetzt deutlich verraten. Raimund mochte sich alle Ereignisse der letzten Zeit, die äußerliche Freundlichkeit Böhmers, sein scheinbares Vertrauen, die Übergabe der Kasse und deren nächtliche Beraubung, die ihn ins Verderben stürzen sollte, völlig zu erklären.

Aber noch fehlten ihm die Beweise für die hinterlistige Tat des alten Böhmer.

Zwar hatte er das Glas, aus dem er an jenem Abend getrunken, noch vorgefunden, und zwar ungereinigt, auf dem Seitentisch, wo es unbeachtet stehen geblieben war; es fand sich auch noch ein kleiner, fast ausgetrockneter Rest Wein in dem Glase, der einen merkwürdig scharfen Duft ausströmte. — Auch erfuhr Raimund durch den Nachtwächter, daß dieser um Mitternacht Licht in dem Zimmer Raimunds gesehen zu haben glaubte, das jedoch rasch wieder verschwunden sei — aber weiter war auch von ihm nichts zu erfahren.

Das war alles, und das genügte noch nicht, um den Verdacht gegen Böhmer zu begründen; denn sein Kutscher, der ihn um ein Uhr geweckt, hatte ihn in tiefem Schlafe in seinem Bette gefunden, und bis zur Abfahrt hatte er seine Wohnung nicht verlassen.

Böhmers Haushälterin, die wahrscheinlich um das Geheimnis ihres Herrn wußte, war schweigsam wie das Grab. Man durfte nicht hoffen, von ihr etwas, den Inspektor Böhmer Belastendes zu erfahren.

So sandte Raimund das Glas mit dem Weinrest dem Notar und teilte ihm die übrigen Umstände mit.

Sollte er nun eine Anzeige bei der Polizei erstatten, daß ihm das Geld abhanden gekommen sei, und er es aus eigenen Mitteln sofort ersetzt habe?

Der Notar riet davon ab, ehe man nicht weitere Verdachtsgründe gesammelt habe. Wenn Böhmer der Täter gewesen, würde er durch die Untersuchung aufmerksam gemacht werden und seine Vorsichtsmaßregeln treffen. Man müsse abwarten, ob er sich nicht etwa selbst verriet, und man müsse nach weiteren Verdachtsmomenten forschen. Raimund war damit einverstanden, denn er sagte sich, daß bei einer Untersuchung auch sein Verhältnis zu Elfriede zur Sprache kommen würde, und das wollte er vermeiden.

Die beiden Liebenden sahen sich jetzt selten, und auch dann nur für kurze Augenblicke. Raimund hielt sich zurück, und auch Elfriede schien ängstlicher und vorsichtiger geworden zu sein. Aber ein flüchtig gewechseltes Wort, ein kurzer, inniger Händedruck sagten ihm, daß er geliebt wurde, und das mußte ihm vorläufig genügen.

Nach einigen Tagen wurde Raimund zu Herrn von Rudow gerufen. Als er den Flur des Herrenhauses durchschritt, schlüpfte Elfriede an ihm vorüber. Ihre Augen waren von Tränen gerötet, ihre Wangen glühten.

„Man hat uns verraten“, flüsterte sie ihm zu. „Ich muß Dich noch einmal sprechen und erwarte Dich nachher im Park.“

Rasch verschwand sie in einem Zimmer, und schweren Herzens begab sich Raimund zu Herrn von Rudow.

Der alte Herr empfing ihn mit steifer Würde; er konnte sehr stolz und aristokratisch aussehen, und heute war er besonders unnahbar, da er sich in seinen heiligsten Gefühlen verletzt glaubte.

„Ich habe Sie rufen lassen“, sprach er, ganz mit der Miene und Haltung eines hohen Herrn, „um Ihnen mitzuteilen, daß Sie Rudow sofort verlassen müssen. In Ihren Bezügen sollen Sie dadurch nicht geschmälert werden. . .“

„Darf ich mir die Frage erlauben, was den gnädigen Herrn zu dieser Maßregel veranlaßt hat?“ fragte Raimund, indem er sich zur größten Ruhe zwang.

„Bei einigem Nachdenken würden Sie den Grund wohl selbst gefunden haben“, entgegnete der alte Herr stolz. „Wenn Ihnen jedoch daran liegt, kann ich Ihnen den Grund auch sagen.“

„Ich bitte darum, Herr Baron.“

„Nun denn“, — er räusperte sich einige Male, als suchte er nach passenden Worten — „nun denn, — man hat mir mitgeteilt, daß Sie in einem Verhältnis zu meiner Tochter stehen, das für Ihre Stellung und Ihre Lebenslage durchaus unschicklich ist. Selbstverständlich darf ich diesen Verkehr mit meiner Tochter nicht dulden, und ersuche Sie daher, Rudow noch heute, spätestens morgen zu verlassen. In Ihren Bezügen sollen Sie, wie gesagt . . .“

Raimund machte eine ungeduldige Bewegung, welche den alten Herrn veranlaßte, seine Rede abzubrechen.

„Ich bitte, diesen letzten Punkt ganz auf sich beruhen zu lassen, Herr Baron“, sagte Raimund. „Ich lege gar keinen Wert darauf. Meine Kündigung jedoch, welche ich Ihnen schon vor einigen Tagen überreichte, mag Ihnen ein Beweis sein, daß ich nicht beabsichtige, die Freundschaft, mit der mich Fräulein Elfriede beehrte, zu mißbrauchen.“

„Man sagte mir, daß es mehr als Freundschaft sei, was Sie mit meiner Tochter verbindet.“

Raimund errötete.

„Nun ja, Herr Baron, ich liebe Ihre Tochter innig und aufrichtig, und freudig würde ich mein Leben, meine Arbeit, mein ganzes Dasein nur ihrem Glücke weihen. Aber ich bin mir auch bewußt, daß unserer Liebe gesellschaftliche Vorurteile entgegenstehen, die schwer zu überwinden sind. Ich möchte aber Fräulein Elfriede nicht Kämpfen und Konflikten aussetzen, unter denen sie gewiß schwer zu leiden hätte — und deshalb, Herr Baron, hatte ich mich entschlossen, Rudow zu verlassen, so schwer es mir auch fällt, von hier fortzugehen, nicht um meiner Liebe willen allein, die ich mit mir nehme als mein köstliches Gut, sondern auch um Ihretwillen, Herr Baron . . .“

„Um meinetwillen? . . . Wie soll ich das verstehen?“

„Ja, um Ihretwillen. Ich wollte Sie vor Schaden und Unglück behüten, ich wollte über das Ihrige wachen, ich wollte Ihnen stützend und schützend zur Seite stehen, wenn das Unglück hereinbrechen sollte.“

„Ich verstehe Sie nicht, junger Mann,“ sagte Herr von Rudow mit einem mitleidigen Lächeln. „Ihre Absichten sind ja sehr gütig, aber ich glaube, ich habe Ihre freundliche Unterstützung nicht nötig. An meinem alten treuen Beamten, der mir die langen Jahre hindurch uneigennützig gedient hat, an Herrn Böhmer finde ich wohl die sicherste Stütze.“

„Ich darf wohl annehmen, daß es auch Herr Böhmer war, welcher Ihnen von der . . . Freundschaft Elfriedes zu meiner Person Mitteilung machte?“ frug Raimund mit bitterem Lächeln.

„Allerdings, und er erfüllte dadurch nur seine Pflicht.“

„Nun, Herr von Rudow, ich halte mich jetzt, nach meiner Entlassung, nicht mehr für berechtigt, einen Rat oder eine Warnung auszusprechen; aber dem aufrichtigsten Wunsche möchte ich doch Ausdruck geben, daß Sie sich in Ihrem Vertrauen zu Herrn Böhmer niemals getäuscht sehen möchten. Seine Art und Weise zu wirtschaften ist meiner Ansicht nach durchaus nicht in Ihrem Interesse und Nutzen, Herr Baron . . .“

„Ich bitte,“ unterbrach ihn dieser mit unruhiger Miene und einer ungeduldigen Gebärde, „wie kommen Sie dazu, hm, — ja, solche Verdächtigungen auszusprechen? Ich muß mir das energisch verbitten . . . Sie haben nicht das Recht, einen alten Beamten, der mir über dreißig Jahre diente, zu verdächtigen.“

Raimund verbeugte sich schweigend. Unruhig hin- und hertretend und nervös mit seiner Uhrkette spielend, fuhr der Baron fort: „Und nun — haben wir uns ja wohl nichts mehr zu sagen . . . Ich kann nur bedauern, daß Sie in dieser Weise von Rudow scheiden; ich habe Sie stets sehr gern gehabt, und meine Tochter hat mir viel Gutes über Ihre Tätigkeit gesagt — aber meine Tochter — — doch genug. Sie werden selbst einsehen, lieber Herr, daß es das beste ist, Sie verlassen Rudow, ehe — ehe sich die Leute mit Ihnen und meiner Tochter beschäftigen . . .“

„Herr von Rudow, ich bitte, kein Wort weiter! Ich weiß, was ich der Ehre Ihres Hauses schuldig bin. Ich danke Ihnen für die Anerkennung, welche Sie meiner Tätigkeit zuteil werden ließen, und bitte, mich jetzt verabschieden zu dürfen.“

In plötzlicher Aufwallung reichte der alte Herr ihm die Hand. „Leben Sie wohl — möge es Ihnen gut gehen,“ sprach er herzlich. „Es tut mir leid, wirklich leid — aber ich konnte nicht anders handeln, nein, wahrlich nicht. Glauben Sie nicht, daß ich ein hartes Herz habe, daß ich nicht mit Ihnen und meiner Tochter fühle — aber ich durfte nicht — ich konnte nicht anders handeln . . . Leben Sie wohl . . .“

Dann wandte er sich plötzlich ab, als könne er vor Erregung nicht weiter sprechen. Raimund fühlte, daß es dem alten Herrn peinlich war, noch weiter mit ihm zu verhandeln, und er entfernte sich mit einem wortlosen Abschiedsgruß.

Raimund hatte sehr wohl bemerkt, daß Herr von Rudow unter einem gewissen Zwang handelte, und er wußte auch, daß dieser Zwang von dem Inspektor Böhmer ausgegangen war. Er hatte dieses Verhältnis des Barons zu Böhmer schon öfters bemerkt und in ihm die größte Gefahr für Herrn von Rudow und Elfriede gesehen. Er konnte sich den Grund dieser Abhängigkeit nicht recht erklären. Die Bequemlichkeit und die Interesselosigkeit des alten Herrn für die Landwirtschaft allein konnten der Grund nicht sein. Wohl hatte Raimund von dem unglücklichen Schicksal der Tochter Böhmers erfahren, daß sie ein Opfer des Leichtsinns Edgar von Rudows geworden war; aber auch hierin konnte Raimund keinen triftigen Grund für das Abhängigkeitsverhältnis des Barons von seinem Inspektor Böhmer finden.

Aber er wußte nicht, wie gerade der Leichtsinn Edgars für den Inspektor die Handhabe zu seiner Machtstellung im Hause Rudows gegeben haben konnte. Er wußte nichts von der Entwendung der großen Summe durch Edgar, er wußte auch nichts von den Wechseln, die der junge Herr Baron auf den Namen seines Vaters ausgestellt hatte. Von all diesen verbrecherischen Taten hatte aber Böhmer die genaueste Kenntnis und seine Drohung, den Namen Rudow der öffentlichen Schande preiszugeben, war eines der Mittel, deren sich Böhmer bediente, um seine Machtstellung immer fester zu begründen. Dazu kam, daß sich Herr von Rudow ihm gegenüber moralisch verpflichtet fühlte, weil sein Sohn Edgar Böhmers einziges Kind ins Unglück gestürzt hatte. Diese edle Weichherzigkeit des alten Herrn wußte der Inspektor schlau auszunutzen, ebenso wie er dessen Bequemlichkeit in allen Geschäftsangelegenheiten klug entgegenzukommen wußte. So beherrschte er schließlich den gutmütigen, weichherzigen, nur an seine Studien denkenden alten Herrn vollständig.

(Fortsetzung folgt.)

Im Scala - Theater, Ziegel-Str. 18.
Letzte 2 Gastspiele der
Posener Deutschen Bühne.

Heute, Sonntag, den 10. Juli, 8.30. abends:
Damen-Kampf,
Lustspiel in 4 Aufzügen.

Montag d. 11. Juli, 8.30 abends
„Weibsteufel",
Drama in 5 Akten von Karl Schönherr.
Billettvorverkauf täglich von 11 — 2 und von 5 Uhr nachmittags.
Näheres in d. weiteren Annoncen.

Scala-Theater
Zegleinianastr. Nr. 18.
Billets an der Theaterkasse, von 11— 2 und von 5 Uhr ab.

Am 13. und 14. Juli l. J., um 8½ Uhr abends **nur 2 Gastspiele**
Zwei Künstlerabende unter Mitwirkung von
Lola Patroni, E. Bodo,
St. Bronecki, W. Romanow, A. Kaminski, J. Ullas, St. Herowski, sowie des französischen Tanzduetts Les Regans.

Im Programm:
„Oh die Valuta"
Ein Börsen-Liebesabenteuer mit Gesang und Tanz unter Mitwirkung des ganzen Ensembles.
Im Konzertteil:
Lieder, Kupletts, Monologe, Rezitationen, Operngesang, Tänze.

Im Garten-Theater
„URANIA"
Vom 1. Juli a. c. Auftreten von 24 Personen des

Heute zweites Auftreten des
Polnisch - russisch Ukrainischen Chores
in ihren Nationalkostümen mit Gesang u. Tanz Dir. B. M. MICHAJLOW

Großes Ballett
Leiter: Ballettmeister **F. KILINSKI.**

Gesang=Verein „Gloria".
Sonntag, den 10. Juli dls. J. in Wäldchen des Herrn Lange in Zabieniec
Großes
Wald - Vergnügen
verbunden mit allerlei Ueberraschungen, für groß u. klein, Gesangvorträgen u. **Tanz.** Musik liefert Musikverein „Stella" unter persönlicher Leitung des Kapellmeisters Herrn Bräutigam. Alle befreundeten Vereine, Gönner und Freunde des Vereins ladet höflichst ein **Die Verwaltung.**
Besondere Einladungen werden nicht versandt.
Bei ungünstigem Wetter wird das Waldvergnügen auf den 17. Juli verlegt.
Bemerkung: Alexandrower Zufuhrbahn, Haltestelle Zubardz, rechts von der Alexandrower Chaussee gelegen.

Jünglingsverein d. St. Trinitatisgemeinde in Lodz.
Sonntag, den 17., bei ungünstiger Witterung am Sonntag, d. 24. Juli d. J. ab ½2 Uhr nachm. im Wäldchen des Herrn Gottlieb Lange in Zabieniec
Großes Wald=Vergnügen
mit vielerlei Ueberraschungen für groß und klein. Im Wäldchen wird ein gutes Orchester unter Leitung des Herrn Gottfried Teschner konzertieren. Alle Freunde und Gönner des Vereins ladet herzlichst ein
Der Vorstand.
Programm: Gesang und Solovorträge, Sternschießen für Herren, Scheibenschießen für Damen, Freiübungen der eigenen Turnerriege, Kinderfestzug mit Aufstieg eines Luftballons, Lohnpartien, Turnpost u. s. w. **Für Essen und Trinken ist bestens gesorgt.** Zugängliche Preise. P. S. Alexandr. Zufuhrbahn, Haltestelle Zubardz, rechts von der Alex. Chausse gelegen.

Lodzer Sport- u. Turnverein.
Sonntag, den 24. Juli a. c. findet auf dem Sportplatze, Zakatnastr. Nr. 82, das
8-te Allgemeine Wettturnfest
(Zwölfkampf)
unter Beteiligung aller hiesigen sowie auswärtiger Turnvereine statt. Beginn des Wett-Turnens 8 Uhr morgens. — Nachmittag ab 3 Uhr
Großes Schau=Turnen
um 7 Uhr abends **Preis-verteilung,** darauf **Tanz** im Saale, wozu alle Sports- und Turnfreunde, sowie Gönner höfl. eingeladen werden. — Sonnabend, den 23. Juli um 8 Uhr abends
Fest-Kommers
Das Festkomitee.

Zu verkaufen:
1 **Dampfkessel** ca. 6 Mtr. × 1¼ Mtr.
1 **kleiner Siederohrkessel** ohne Feuerbüchse 2 M. × 1 M.
Einige Eisentrommeln große und kleine
1 **kleiner gußeiserner Kessel,** hermetisch abschließbar 1 Mtr. × 650 mm.
Copierfraismaschine
Holzdrehbank aus Eisen
ein **6 P.H. Gasmotor,** System Deutz.
13. **Gußeiserne Platten** 1500×840 m/m. 1650×1250 m/m
2 **Mühlensteine** 900 bis 1000 m/m. Durchmesser.
Frischer Transport
Original Side - Rosten
eingetroffen zum Anstrich für Guß-Eisen und Dampfkessel zur Verhütung des Kesselsteines.
Handelshaus
L. Bresler & Co.
Lodz, Wólczanska 164.

Maschinen Fabrik H. BERNDT & Co.
G. m. b. H.
Lodz, Targowa Nr. 17.



empfiehlt:
Bohrmaschinen für schnellen Lauf in versch. Größen
Universal Handbohrmaschinen englischen Systems. Dieselben können am Tisch, Wand, Balken, Welle oder sonst wo angebracht und auf alle nur denkbaren Seiten gewendet werden; eignen sich besonders f. Montagearbeiten außerh. der Werkstatt.
Holzbearbeitungsmaschinen.
Liefert kompl. Transmissionen sowie gefräste Zahnräder.

Kirchen-Gesang-Ver. **„Cäcilie"** d. St. Kreuz-Kirche in Lodz.
Sonntag, den 10 Juli
Ausflug nach Juljanuw
für Mitglieder und deren Angehörigen. Abfahrt 2 Uhr nachmittags von der Haltestelle der Zgierzer Zufuhrbahn
Die Verwaltung

Oberfeldscher
Steinberg,
Petrikauer-Strasse 17.

Lekarz-Dentysta
Emilja Neufeld-Monicowa
powróciła i wznowiła przyjęcia.
6 Sierpnia (Benedykta) 10.

---

1 Treibmaschine,
Handstühle und 600-er und 800-er Jacquardmaschinen werden zu kaufen gesucht b. Reinhold Schultz Kilinskiego 146 Wohn. 36

Ein gutgehendes
Kolonialwaren=Geschäft
krankheitshalber sofort zu verkaufen. Näheres Glownastr. 81.

Haustor
gut erhalten, zweiflüglich, mit Tür, vollkommen beschlagen ist billig zu verkaufen. Zu erfragen Petrikauerstr. 62 b. Wächter.

Ein elektr. 4 P. S. Friedens-
Motor
mit Schienen Anlaßer 120 Volt 1400 Tonnen Siemen & Halske Petersburg wenig gebraucht zu verkaufen. Zgierz. Srednia str. 22 Wob. 4. 3277

Wohnung
2 oder 1 Zimmer mit Küche wird zu mieten gesucht. Off. in der Red. ds. Blattes unter „Pat."

Verkaufe:
Kredenz, Ottomane, Schreibtisch, Tisch, Stühle und Bettstellen. Petrikauer 189. Wohn. 9.

Ein Salon
fast neu preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Exp. ds. Blattes.

Zgubione paszporta okupacyjne na imiona Leopolda-Otona Baumana i Amalji-Olgi Baumanówny, Wschodnia 49. 3270

Mechaniker
für Nähmaschienen sofort gesucht. Fabrik L. Wlibal & Co. Lodz Karolew.

Dampfmaschine
von 30—50 P. S. zu kaufen gesucht. Angebote sind unter „S. B 50." an die Exp. ds. Blattes zu richten. 3278

Eine Buffeteuse
für ein erstklassiges Restaurant gesucht. Näheres b. B. Wisniewski, Moniuszki 5. 3275



Helenenhof.
Sonntag, den 10. Juli 1921:
Großes Konzert.
Anfang 5 Uhr Nachmittag. — — Entree 20 und 40 Mark
3 Tennisplätze stundenweise zu vergeben.

Chocoladen-Fabrik und ZUCKERWAREN - ERZEUGNISSE
Z. HAMPEL,
Warszawa, ul. Bonifraterska 31, tel. 72-61
empfiehlt:
CHOCOLADE: Holländische, Dessert, Vanille, „Nasza", Auserlesene.
Bonbons in auserlesenen Gattungen.
Lieferung für Militärämter, Hospitäler, Kooperativen etc. etc. zu besonderen Bedingungen.
Vertreter für Lodz und Umgegend:
N. EDELIST, Łódź, Piotrkowska Nr. 35 w podwórzu.

Karola 8 **Pawła Kina** Karola 8
UCZELNIA PRAKTYCZNEJ HANDLOWOŚCI
PRZYSPOSABIA DO OBJĘCIA WSZELKIEJ SAMODZIELNEJ POSADY BIUROWEJ

Flotte Stenotypistin
für Korrespondenz und Registratur, perfekt in deutsch und polnisch, bei hohem Gehalt per 15. 7. oder später gesucht. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften an „Rika" Tow. Akc. Budowl. Reich i Kandziora, Bydgoszcz, Marcinkowskiego 9. 11871

Vor- und Nachreißer
zu verkaufen. Offerten sub. N. A. an die Redaktion des Blattes. 3281

Bedeutende ausländische Fabrik sucht zur Unterstützung ihres Lodzer Vertreters
tüchtigen Verkäufer
aus der Chemikalienbranche. Ausführliche Angebote mit Gehaltsansprüchen unter „Nr. 8." an die Exp. ds. Blattes 3265

Einen erstklassigen Meister
bewandert auch im Fräsen von feineren Artikeln sucht Maschinenfabrik für Massenfabrikation. Off. u. Referenzen unt. „J. D. 507" an die Exp. ds. Bl.

KAUFE
Brillanten, Gold, Silber, Diamanten, Perlen, alte künstliche Zähne und Garderoben. Zahle gute Preise. Bitte sich zu überzeugen **Konstantinerstr. 7** rechte Offizine, 1. Stock. **J. Millich.**

Zurückgekehrt
Dr. Wołyński
Ohren-, Nasen- und Hals- Krankheiten.
Empfängt täglich von 12—1 und von 4—6 nachm.
Petrikauer-Straße 121.

Lokal mit Dampf - Kessel und Dampf - Maschine
von 15—20 P. S. im Centrum der Stadt zu **verpachten.** Off. mit genauer Angabe der Branche und gewünschten Raum, bitte unter „Dampf und Kraft" an die Exp. ds. Bl. zu richten. 3208

Galanterie und Schnittwaren
der Baumwollbranche offeriert engros und endetail zu Fabrikspreisen
Emil Kahlert
Glówna-Straße 41.

Mit 25 Millionen Mark
(Bargeld) kann ich mich sogleich an einem Fabrikationsunternehmen der Manufakturwarenbranche beteiligen. Anträge an „Glos Polski Nr. 25."

Büro = Angestellter
Christ, Anfang der 30-er, in ungekündigter Stellung, wünscht sich zu verändern, auch nach außerhalb. War als Buchhalter und Stadtreisender tätig, ist der Landessprachen mächtig, schreibt Maschine. Gefl. Angebote unter „S. N." an die Exp. ds. Bl. erbet.

Alle
Lodzer speisen in Berlin
in
Rubinsteins Wiener
Restaurant
Charlottenburg,
Kant-Straße 122 (früher Mittelstr.)
Erstklassige Wiener Küche.
Billige Preise
Das Restaurant steht unter Aufsicht des Rabbinats.

Siderosten
Schwarze Lackfarbe,
schützt das Eisen gegen Rost
Excicator - Karbolineum
Zu empfehlen bei Holzkonstruktionen, gegen Nässe u. Feuchtigkeit
Wagen-Schmiere Tovotte-Fett
empfehlen
Konstanty Kawecki & Co
Łódź, Przejazd 21.
Vor Nachahmungen gesetzlich geschützt.

Werkmeister oder Techniker.
für Eisenkonstruktions- und Maschinenbau-Werkstätte gesucht Herren, die im techn. Zeichnen resp. konstruiren nach Angabe bewandert, belieben ausführl. Offerten unter „O. G." in der Exp. ds. Bl. niederzulegen.

Junger Mann
mit 1½ jähriger Büropraxis sucht Stellung als Inkassent, Hilfskassierer oder dergleichen. Gefl. Off. unter „R. K. W." in die Exp. ds. Bl. erbeten.

Ein großer feuerfester
Geldschrank
ist zu verkaufen. Zu besichtigen Mittwochs und Freitags von 7—9 Uhr abends Przejazdstr. Nr. 34 VII. Lodzer Spar- und Darlehensgesellschaft.

Für die Filiale der „Deutsche Selbsthilfe" wird zum sofortigen Antritt ein
Leiter
gesucht. Bewerber aus der Kolonialwarenbranche belieben schriftliche Offerten in der Hauptstelle Nawrot 30 einzureichen

---

Komplette im Betrieb gewesene
Gas = Anstalt
für Rohoel
sowie ein 8. P. S. im Betrieb befindlicher
Nafta=Motor
sofort zu verkaufen bei Karl Wutke, Möbelfabrik, Cegelniana 70.

Verlag von Alexis Drewing und Alexander Milker
Verantw. Redakteur A. Drewing.
Rotations-Schnellpressedruck „Neue Lodzer Zeitung"